

3er-Tram nach Saint-Louis gefährdet

Die Region Basel kämpft um Bundesgelder für Tram- und Bahnprojekte

Von Markus Vogt

Basel. Die Region Basel hofft, dass der Bund diverse Vorhaben im Bereich Verkehrsinfrastruktur finanziell unterstützt und hat entsprechende Wünsche Ende Juni 2012 mit dem zweiten Agglomerationsprogramm in Bern deponiert. Tatsächlich hat der Bund Ende Juni 2013 einen Vorschlag präsentiert: Verschiedene Agglomerationsprogramme sollen mit total 1,6 Milliarden Franken unterstützt werden, darunter das der Region Basel mit 67,1 Millionen Franken. Der Vorschlag des Bundes wurde in eine Vernehmlassung geschickt, die bis Ende Oktober 2013 dauert.

Wer genau hinschaut, könnte erschrecken: Die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint-Louis erscheint nicht mehr auf der Liste mit Priorität A, sondern wurde in den B-Horizont zurückgestuft. Nicht einmal mehr in die Kategorie B geschafft hat es die Elektrifizierung der Hochrhein-Bahnstrecke Basel-Schaffhausen. Und das Herzstück der Regio-S-Bahn wurde nicht wie beantragt als B-Projekt, sondern lediglich in der Kategorie C eingestuft. Sind diese Vorhaben gefährdet?

Geschlossen hinter dem Projekt

Die Rückstufung der Tramlinie 3 sei für die Agglomeration sehr unerfreulich, sagt Alain Groff, Leiter der Abteilung Mobilität im Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt. Das hätten die Vertreter der Agglomeration dem Bundesamt für Raumentwicklung bereits klar signalisiert. Der Kanton Basel-Stadt werde in der Vernehmlassung deutlich machen, dass er eine Umklassierung erwartet, denn das Projekt sei planerisch reif und gehöre in die Kategorie A. Es habe hohe politische Bedeutung für das Zusammenwachsen der grenzüberschreitenden Agglomeration, es mobilisiere ein namhaftes Potenzial für einen höheren Anteil des ÖV am Pendlerverkehr und die Verknüpfung mit der Siedlungsentwicklung sei exemplarisch. Die Verhandlungen mit den französischen Partnern über die Finanzierung seien weit fortgeschritten.

Die Rückstufung in den B-Horizont sei nicht definitiv, hält Jessica Fässler von der Geschäftsstelle Agglomerationsprogramm Basel fest. «Die Agglomerationsprogramm Basel fest. «Die Agglomerationsprogramm Basel fest. «Die Agglomerationsprogramm Basel fest.



Hier ist Endstation. Noch ist für die Linie 3 an Burgfelden Grenze Schluss. Für den Bund hat die Erweiterung nach Frankreich geringe Priorität. Foto: Mischa Christen

ration Basel konnte dem Bund weitere Informationen zum Projekt Verlängerung «Tramlinie 3 nach Saint-Louis» und zu der im Zusammenhang mit der Tramlinie 3 angestrebten Siedlungsentwicklung nachliefern», sagt Fässler, «die zusätzlichen Informationen dürften die Beurteilung des Projektnutzens positiv beeinflussen.» Ausserdem stehe die Trägerschaft der Agglomeration Basel geschlossen hinter dem Projekt. Für alle beteiligten Akteure stelle die Verlängerung der Tramlinie 3 ein wichtiges und unbedingt zu realisierendes Projekt dar.

Hochrhein-Strecke ohne Strom

Zur Finanzierung sagt Jessica Fässler, dass auf französischer Seite eine Co-Finanzierung für die Realisierung des Projektes organisiert wurde. Nicht nur die Region, sondern auch der französische Staat habe bereits finanzielle Mittel zugesprochen. Werde das Projekt verschoben, sei unklar, ob die auf französischer Seite reservierten Beiträge zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehen werden, da in Frankreich Budgetkürzungen angekündigt wurden. Die Trägerschaft der Agglomeration Basel setze nun alles daran, «dass das Projekt «Verlängerung der Tramlinie 3» in den A-Horizont zurückverschoben wird».

Die Elektrifizierung der Hochrhein-Strecke Basel-Schaffhausen wurde vom Bund nicht einmal in den B-Horizont aufgenommen, sondern auf die C-Liste gesetzt. Jessica Fässler sieht eine ähnliche Problematik wie bei der Verlängerung der Tramlinie 3: Die Finanzierung werde mit einer zeitlichen Verschiebung des Projekts zusehends schwieriger sicherzustellen sein; dies wegen der zeitlichen Befristung von deutschen Fördertöpfen. Im Gegensatz zur Tramlinie 3 handle es sich um ein Eisenbahnprojekt. Die Trägerschaft der Agglomeration Basel sei deshalb der Ansicht, dass eine Mitfinanzierung der Elektrifizierung der Hochrhein-Strecke über den Bahninfrastrukturfonds geprüft werden soll, wenn eine Wiederaufnahme in den A-Horizont aufgrund der knappen finanziellen Mittel im Infrastrukturfonds nicht möglich ist.

Alain Groff von Mobilität Basel erklärt, dass die Finanzierung dieses Vorhabens im Zusammenhang mit der Fabi-Vorlage (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) und der geplanten Schaffung eines Bahninfrastrukturfonds zu sehen sei.

Aus Sicht des Kantons Basel-Stadt sei dieses Projekt eine Selbstverständlichkeit, denn Bahnstrecken ohne elektrischen Fahrdraht seien ein Anachro-

nismus und die fehlende Elektrifizierung verhindere die Integration der Strecke Basel-Waldshut in ein leistungsfähiges, grenzüberschreitendes S-Bahn-Netz. «Wenn der Bund keinen Beitrag im Rahmen Agglomerationsprogramm leistet, erwarten wir, dass er hierfür einen anderen Finanzierungsweg erschliesst», erklärt Groff.

Herzstück zurückgestuft

Schliesslich ist es das Herzstück der Regio-S-Bahn, das als C-Projekt eingestuft wurde und nicht wie beantragt als B-Projekt. Alain Groff wertet auch diesen Entscheid als unerfreulich: «Ein positives Signal aus Bern hätte dem Vorhaben grossen Auftrieb verliehen. Es scheint sich aber zu bestätigen, dass der Bund in erster Linie auf deutliche Signale aus der Region reagiert und nicht umgekehrt. Für das Fortschreiten des Projekts ist es daher zentral, dass die Region geeint auftritt.»

Der Bund sei in den Projektgremien vertreten und wisse daher auch, dass der volkswirtschaftliche Nutzen für die Agglomeration Basel weitaus höher sei als die jährlichen Kosten. «Wir gehen davon aus, dass die Rückstufung in erster Linie deshalb erfolgte, weil es sich um ein sehr grosses, kostspieliges Eisenbahnvorhaben handelt. Zudem lagen zum Zeitpunkt der Einreichung des Agglomerationsprogramms noch nicht alle Studien vor», sagt Groff. Eine Finanzierung über den geplanten Bahninfrastrukturfonds sei auch eine Option, wenn dies keine Verzögerungen bedinge. Voraussetzung sei aber, dass das Volk der Fabi-Vorlage zustimmt.

Die Rückstufung des Herzstückes der Regio-S-Bahn in den C-Horizont (Umsetzung zwischen 2023–2026) stelle für die Realisierung dieses Projekts grundsätzlich kein Problem dar, sagt Jessica Fässler, denn eine Inbetriebnahme sei erst ab 2025 technisch möglich. Die Kosten des Projekts von 1,5 Milliarden Franken seien zwar hoch, sagt Fässler, sie würden aber durch den ermittelten Nutzen wieder wettgemacht. «Der Handlungsbedarf steht aus Sicht der Agglomeration Basel ausser Frage. Nur durch die Schaffung eines S-Bahn-Systems mit Durchmesserlinien kann die angestrebte räumliche Entwicklung umgesetzt werden», sagt Fässler.

Nachrichten

Junger Mann von Freundin schwer verletzt

Basel. Am Donnerstagabend kurz vor 19 Uhr wurde ein 21-jähriger Mann schwer verletzt. Der junge Mann wurde vermutlich Opfer eines Beziehungsdramas. In einem Mehrfamilienhaus an der Hebelstrasse ist es nach ersten Angaben der Kriminalpolizei zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen dem 21-jährigen späteren Opfer und seiner 25-jährigen Partnerin gekommen. Im Verlauf des Streits hat die 25-jährige Schweizerin auf ihren jüngeren Partner eingestochen und ihn dabei schwer verletzt. Die Feuerwehr musste den 21-jährigen Mann durchs Fenster bergen. Grund der Auseinandersetzung und der genaue Tathergang sind noch nicht klar. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei laufen. Die Polizei bittet Personen, die sachdienliche Hinweise zur Tat geben können, sich bei der Kriminalpolizei Basel-Stadt unter 061 261 71 11 oder bei der nächsten Polizeiwache zu melden.

ANZEIGE

RATGEBER GESUNDHEIT



- Dr. med. Wolfgang Klauke,
- FMH Anästhesiologie,
- Interventionelle Schmerzdiagnostik und -therapie

Neuromodulation bei Schmerzen

Sie haben Schmerzen, möglicherweise schon mehrere Operationen deswegen ertragen, doch all das hat nichts genutzt. Der Schmerz plagt Sie Tag und Nacht, es gibt kaum einmal eine ruhige Minute. Medikamente, die Sie vertragen helfen nicht, andere, die den Schmerz ein wenig lindern vertragen Sie nicht, müssen Sie wieder weglassen. Es ist zum Verzweifeln.

Zu Ihrem Trost kann zweierlei gesagt werden: so wie Ihnen geht es vielen Menschen. Das hilft Ihnen natürlich nicht so richtig. Zum anderen aber kann es auch in einer solchen Situation Hilfe geben, z.B. indem man mit der sogenannten Neuromodulation auf Ihre Schmerzen einwirkt. Dabei wird das Schmerzsignal derart verändert, dass es im Gehirn sehr viel schwächer, selten auch gar nicht mehr wahrgenommen wird. Um dies zu erreichen, werden dünne Elektroden in den Wirbelkanal eingelegt, die mit einem Kleinen Gerät, einem sogenannten Impulsgeber, verbunden werden, der elektrische Signale an das Rückenmark sendet. So entstehen neue Informationen für das Nervensystem, die Schmerzübertragung zum Gehirn wird auf mehreren Wegen abgeschwächt. Die verschiedenen Zentren des Gehirns, die mit der Schmerzverarbeitung beschäftigt sind, registrieren eine Entlastung und können ein Stück weit Entwarnung geben.

Nach dem Einsetzen der Elektroden wird die Wirkung der Nervenstimulation üblicherweise zunächst für etwa drei Wochen getestet. In dieser Zeit erzeugt ein externer Impulsgeber die therapeutischen Reize. Wenn die Testphase positiv verläuft, d.h. der Schmerz gut auf die Behandlung anspricht, kann ein Stimulator unter die Haut implantiert werden, ähnlich wie bei Herzschrittmachern.

Der Impulsgeber kann von aussen über eine Fernsteuerung beeinflusst werden. Es können so unterschiedliche Reizarten und auch die Reizintensität verändert werden. Natürlich kann man das Gerät auf diesem Weg auch ein- und ausschalten.

Ob ein derartiges Verfahren in ihrem Fall angezeigt ist, kann Ihnen ein Spezialist für interventionelle Schmerztherapie nach entsprechenden Untersuchungen sagen. Ihr Hausarzt wird Sie einem solchen Spezialisten zuweisen.

Schmerz klinik basel

Ein Service der SchmerzKlinik Basel
Hirschgässlein 11-15 | CH-4010 Basel
Tel. +41 (0)61 295 89 89 | Fax +41 (0)61 272 75 29
E-Mail info@schmerz.klinik.ch | www.schmerz.klinik.ch

«Das Wildschwein ist in Basel kaum ein Problem»

Brigitta Gerber, Grossrätin des Grünen Bündnisses, hält die Jagd für überholt und unnötig

Von Mischa Hauswirth

Basel. Jäger und Förster sind entsetzt über die Forderung von Brigitta Gerber, die Jagd im Kanton zu verbieten (BaZ berichtete). Trotzdem ist die Grossrätin überzeugt, dass die Jahrtausende währende Tradition und naturschützerische Hegemassnahme überflüssig ist.

BaZ: Frau Gerber, wer reguliert künftig die Wildbestände in Riehen/Bettingen, da natürliche Feinde wie Luchs und Wolf fehlen?



Brigitta Gerber: Die Frage ist meines Erachtens falsch gestellt. Sie verbinden die Jagd, wie sie heute betrieben wird, automatisch mit Regulation. Und kommen so auf «Keine Jagd gleich keine Regulation». Die Jagd in der aktuellen Form existiert seit den 1930er-Jahren. So sind wir fast alle mit diesem vermeintlichen «Grundwissen» aufgewachsen. Die wildbiologische Forschung der letzten Jahre kommt aber zu einem anderen Schluss, und zahlreiche Beispiele im In- und Ausland beweisen das auch: Wildtiere regulieren sich über Habitatsgrösse und Futterangebot – nicht über Fressfeinde. Dieser Zusammenhang ist kein Geheimnis. «Jagd Schweiz» ist sich dessen sogar nach eigenen Aussagen bewusst. Auch «Jagd Schweiz» weiss, dass sich Wildtierbestände grundsätzlich – auch in unserer Kulturlandschaft – von selber regulieren würden.

Bauern beklagen hohe Schäden durch Wildschweine. Ist es nicht ein wenig naiv, hier auf Selbstregulierung zu setzen?

Erstens ist das Wildschwein in Basel wohl kaum ein grosses Problem. 2011 wurden ganze acht Exemplare erlegt. Zweitens lässt unsere Motion hier durchaus Spielraum. Genau wie in Genf auch. Und drittens ist das Wildschwein ja gerade ein Beispiel für das Versagen des Jagdsystems. Trotz aufwendiger Treibjagden vermehren sich die Tiere jedes Jahr. Das hat vor allem mit dem Sozialverhalten der Schweine zu tun. Wird die Leitbache erschossen, zersplittert die Rotte in viele Rotten und anstatt einer werden viele weibliche Tiere trächtig. Der Aargauer Jagdverband hat letzte Woche den Staat um Hilfe gebeten, weil er findet, es sei für die Hobbyjagd zu aufwendig. Wir können also den Bauern sagen, dass in Zukunft die Wildschweinbestände eher sinken als steigen werden.

Wenn das Rehwild nicht mehr geschossen wird, steigen die Verbissschäden an Jungbäumen, gerade an Eichen, Ahornen und Sorbusarten, die die Artenvielfalt erhöhen sollen. Was sollen die Förster Ihrer Meinung nach tun?

Es gibt nicht mehr Rehwild, wenn die Rehe nicht mehr geschossen werden. Rehe sind Reviertiere. Wenn ein Revier besetzt ist, ist es besetzt. Die können nicht wie der Mensch die Umwelt verändern. Deshalb sinkt ihre Fruchtbarkeit. Die Lebenserwartung von revierlosen Rehen sinkt parallel dazu. Hingegen findet ja der Wildverbiss trotz Bejagung statt! Rehe, die wegen der Bejagung Angst vor offe-

nen Flächen haben, bleiben auch länger im Wald, und der Wildverbiss wird somit sogar gefördert. Im Nationalpark hat man noch in den 1980er-Jahren die Hirsche geschossen, in der Meinung, dass es sonst eine Überpopulation geben würde. Davon kam man vollständig ab. Es gibt eine Zunahme des Waldes, eine ideale Waldverjüngung und ein Wachstum der Biodiversität. Gerade auch entlang der Reh- und Hirschwechsel.

«Trotz aufwendiger Treibjagden vermehren sich die Tiere jedes Jahr.»

Der Wald wird als Freizeitpark benutzt, zu fast jeder Tages- und Nachtzeit bewegt sich jemand im Wald. Ist es nicht so, dass Jogger, Biker, Hundebesitzer und Wanderer das Wild viel mehr beunruhigen als die Jagd, die ein- bis zweimal im Jahr durchgeführt wird?

Na ja, ich bin kein Fuchs oder Dachs, aber ich glaube schon, dass eine Jagd auf meine nächsten Verwandten mit Hunden und Schrot in einer Treibjagd ein traumatisches Erlebnis wäre, dass ich, falls ich es überleben würde, nie mehr vergässe. Eine Begegnung mit einem Wanderer oder einer Joggerin würde mich da sicherlich weniger beeindrucken.

Auf dem Areal des Friedhofs Hörnli verursachen Rehe jährlich Schäden zwischen 50000 und 60000 Franken. Wie soll es mit diesen Tieren weitergehen, wer kommt für die Schäden auf?

Das Hörnli ist kein Jagdrevier und hat mit der Sache nichts zu tun. In unserer Motion sind aber in sanitären Notfällen ausdrücklich Sonderregelungen vorgesehen.

Sie beziehen sich bei Ihrer Motion auf den Kanton Genf, der die Jagd seit 1974 abgeschafft hat. Dort sorgen sich aber staatlich verpflichtete Wildhüter um den Abschuss. Warum wollen Sie ein für den Kanton Basel-Stadt kostenneutrales System durch eines ersetzen, das viel teurer ist?

Genf wird gemäss dem Bericht «Umwelt» 2/2013 vom Bafu ausdrücklich als ein Vorbild für andere Kantone beim Thema Biodiversität genannt. Für diese Bemühungen und nicht für die Bejagung werden die zwölf Umwelthüter in Genf hauptsächlich eingesetzt. Ausser den Wildschweinen wird keine Art bejagt. Genf ist aber fast achtmal so gross wie Basel und ein bedeutender Landwirtschaftskanton mit grossen Wäldern. Somit ist Genf sicherlich nur beschränkt vergleichbar mit Basel.

Jäger werfen Ihnen vor, Ihr Vorhaben, die Jagd abzuschaffen, sei ideologisch motiviert. Was sagen Sie dazu?

Also, wenn die Jagdabschaffung ideologisch ist, dann müsste es die Jagd auch sein. Es gibt so unterschiedlich geprägte Länder wie zum Beispiel die Niederlande, Costa Rica, Indien und Sri Lanka, welche die Jagd extrem eingeschränkt oder ganz abgeschafft haben. Den einzigen ideologischen Zusammenhang, den ich hier erkennen kann, heisst «Demokratie».

Das Interview wurde schriftlich geführt.